

Förderkriterien für Projekte, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! - Partnerschaft für Demokratie – Hattingen“ bindend sind.

Gemäß den Vorgaben durch das BMFSFJ entscheidet der Begleitausschuss über die Förderung der eingereichten Projekte. Die Entscheidungen erfolgen im Einklang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Die in diesem Dokument aufgelisteten Förderkriterien konkretisieren diese Ziele und dienen den Antragstellenden als Antragsgrundlage und unterstützen den Begleitausschuss bei der Entscheidungsfindung.

1. Antragsstellende können **nichtstaatliche** Organisationen, Vereine, Initiativen, Aktionskreise, Bürgerbündnisse u.ä. sein. Antragstellende, die keinem eingetragenen Verein zugehörig sind, sollen für die Antragsstellung und Durchführung des Projekts mit einer eingetragenen gemeinnützigen Organisation, gemäß §§ 51ff. Abgabenordnung, kooperieren.
2. Die Projekte sollen thematisch so angelegt sein, dass sie zivilgesellschaftliche, interkulturelle und demokratische Kompetenzen in der Hattinger Stadtgesellschaft fördern. Zudem sollen sie zur Sensibilisierung in Bezug auf extremistische, antisemitische oder rassistische sowie auf andere demokratie- und rechtstaatsfeindliche Phänomene beitragen und zum öffentlichen Engagement anregen.
3. Projektträger*innen verpflichten sich im Rahmen ihrer Aktivitäten und Äußerungen, die Gleichbehandlung von Männern und Frauen und die Gleichwertigkeit von Menschen zu achten und dies durch eine genderechte Sprache in der Antragsstellung und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstreichen.
4. Die Förderanträge sollen auf mindestens einen der drei Projektschwerpunkte der „Partnerschaft für Demokratie“ – Hattingen (Bildung, Begegnung und Beteiligung) ausgerichtet sein. In diesem Zusammenhang dienen die Schwerpunkte der Leitlinie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als Orientierung und soll im Förderantrag im Feld Förderschwerpunkt berücksichtigt werden:

Förderung und Stärkung des programmrelevanten Engagements

- Stärkung einer lebendigen, vielfältigen demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort;
- Etablierung und Weiterentwicklung von Verfahren der demokratischen Beteiligung, einschließlich Entwicklung und Erprobung innovativer Beteiligungsansätze;
- gesellschaftliche Sensibilisierung in Bezug auf rechtsextreme, antisemitische oder rassistische Aktivitäten sowie andere demokratie- und rechtstaatsfeindliche Phänomene und Stärkung des öffentlichen Engagements hiergegen;
- Aktivitäten gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere auch gegen Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit und Homo- und Transfeindlichkeit;

Stärkung der Selbstorganisation und -hilfe im Themenfeld unter verstärktem Einbezug u.a. von Migrantenselbstorganisationen und muslimischen und jüdischen Gemeinden;

- Entwicklung einer Kultur der Unterstützung und Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements in allen Themenfeldern des Programms, insbesondere zum Abbau von Ressentiments und zur Prävention vor Gewalt, Hetze und Feindseligkeiten gegenüber Zuwanderinnen und Zuwanderern;
- Entwicklung von Konzepten „Sicherheit und Prävention“

Förderung der Ausgestaltung einer vielfältigen lokalen Kultur des Zusammenlebens

- Weiterentwicklung von Ansätzen und Konzepten der intergenerativen Arbeit ausschließlich im Themenfeld;
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und einer aktiven Bürgerbeteiligung;
- Förderung des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens;
- Förderung des demokratischen Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft;
- Förderung der Anerkennung vielfältiger Lebensformen (Diversity-Orientierung);

Förderung der Bearbeitung programmrelevanter lokaler Problemlagen

- Förderung der Reaktionsfähigkeit auf sozialräumliche Konfliktlagen;
- Verbesserung der soziokulturellen Integration;

5. Die Projekte sollen ihren Wirkungsschwerpunkt in Hattingen haben und potentiell für alle Interessierten offen sein. Fahrten können in Ausnahmefällen bewilligt werden. Vorab ist vom Antragstellenden nachweislich zu prüfen, ob es nicht geeignetere Fördermöglichkeiten, beispielsweise für Gedenkstättenfahrten/politische Bildungsreisen gibt.
6. Die Projekte sollen nachhaltig angelegt sein, langfristige Ziele gesellschaftlichen Wandels verfolgen und Anknüpfungspunkte für zukünftige Initiativen bieten.
7. Die Antragsstellenden verpflichten sich zur Unterstützung der programmbegleitenden wissenschaftlichen Evaluation und zur Anfertigung eines kurzen schriftlichen Berichts, indem der Verlauf und das Ergebnis der Maßnahme dargestellt werden.

Nicht förderfähig sind:

1. Projekte von Einzelpersonen
2. Projekte von staatlichen Stellen;
3. kommerziell ausgerichtete Vorhaben und Institutionen;
4. Projekte und Akteurinnen, die gegen die freiheitlich, demokratische Grundordnung der BRD und somit gegen Programmziele handeln;

5. Projekte, die bereits von anderer Seite gefördert werden, beziehungsweise solche, für die andere Fördermöglichkeiten bestehen, wie beispielsweise für politische Bildungsreisen, für reine Integrationsmaßnahmen, etc.;
6. bereits bestehende wiederkehrende Projekte, wenn die Finanzierung dafür gesichert ist.

Bei der Kostenaufstellung und Abrechnung ist bitte zu berücksichtigen:

1. dass Baumaßnahmen, Mobiliar, Fahrzeuge sowie technische Geräte nicht gefördert werden;
2. dass alkoholhaltige Getränke nicht abgerechnet werden können und Pfandmittel von der Rechnung abzuziehen sind;
3. Einnahmen sind mit den Fördermitteln zu verrechnen;
4. dass die beantragten Mittel innerhalb von vier Wochen nach Maßnahmenende mit der Fach- und Koordinierungsstelle anhand von Originalbelegen abzurechnen sind und die Mittel ausschließlich im laufenden Förderjahr verausgabt werden müssen.

Bei genehmigten Projekten ist bitte zu berücksichtigen:

1. Das Werbematerial (Flyer/Plate etc.) für das Projekt sollte das Logo der „Partnerschaft für Demokratie“ – Hattingen und die Förderlogos des Bundesfamilienministeriums beinhalten. Sie können auf der Internetseite der Pfd heruntergeladen werden.
2. Bevor das Werbematerial veröffentlicht wird, sollte es zur Absprache der Koordinierungs- und Fachstelle vorgelegt werden.
3. Nach der Durchführung des Projekts sollte eine Kurzdokumentation verfasst und der Koordinierungs- und Fachstelle vorgelegt werden. Eine Vorlage zum Ausfüllen ist ebenfalls auf der Internetseite der Pfd zu finden.